



**Christine Buchholz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

An den  
Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik  
der Rosa- Luxemburg-Stiftung

Berlin, 31. Oktober 2013

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,

leider kann ich aus dringenden terminlichen Gründen nicht an der Arbeitstagung des Gesprächskreises Frieden in Elgersburg teilnehmen. Ich bedaure das sehr, denn ich halte den Austausch über die anstehenden Schwerpunkte der Außen- und Friedenspolitik der Linken für sehr wichtig. Daher hoffe ich, dass wir in der nächsten Zukunft weitere Gelegenheiten finden werden, um das nachzuholen, zum Beispiel im Rahmen des Friedensratschlages in Kassel im Dezember. Oder im nächsten Frühjahr anlässlich des Runden Tisches Friedensbewegung, den die Linksfraktion im Bundestag sicher wieder ausrichten wird.

Ich möchte dessen ungeachtet schon einmal die wichtigste Punkte benennen.

## **1. Eurokrise**

Das nächste Jahr wird zunächst durch die Eurokrise und die politische Polarisierung im Europawahlkampf geprägt sein. In vielen Ländern werden faschistische und rechtspopulistische Kräfte versuchen, die krisenhafte Lage auszunutzen, um das Klima rassistisch aufzuheizen und so Wahlerfolge zu erzielen. Vor diesem Hintergrund wird die

Solidarität mit Flüchtlingen, mit Sinti und Roma, Muslimen sowie anderen diskriminierten Minderheiten an praktischer Bedeutung gewinnen. Dazu gehört auch der Kampf um eine menschenwürdige Einwanderungspolitik der EU.

In Deutschland droht ein Durchbruch für die AfD. Diese setzte im Bundestagswahlkampf weniger auf offenen Rassismus, sondern nutzte die Eurokrise, um den verbreiteten Unmut über die Bankenrettungsschirme nationalistisch umzulenken. Mit Parolen wie „Die Griechen leiden, die Deutschen zahlen, die Banken kassieren“ knüpfte sie an der berechtigten Wut vieler Menschen an.

Es ist damit rechnen, dass die AfD im nächsten Jahr mit dieser Linie weiter in die Offensive gehen wird. DIE LINKE muss sich dem stellen. Wir haben stets betont, dass von den sogenannten Rettungspaketen nichts bei „den“ Griechen oder der Bevölkerung in anderen südeuropäischen Ländern ankommt, sondern dass es um bloße Bankenrettungsprogramme geht. Deshalb hat die LINKE als einzige Fraktion im Bundestag auch stets gegen diese sogenannten Hilfspakete gestimmt. Das ist weiterhin wichtig.

Darüber hinaus ist es wichtig herauszuarbeiten, dass die EU nicht den Menschen dient. Sie ist vielmehr seit ihrer Gründung als einheitlicher Binnenmarkt der mächtigsten Staaten Europas konzipiert. Abstrakte Bekenntnisse zu Europa – geboren aus der Angst, in die Nähe der Rechtspopulisten gerückt zu werden – nutzen uns wenig, der AfD jedoch viel. Wir werden die Rechten politisch nur zurückdrängen können, wenn wir klar sagen: Dieses Europa des Lohndumpings, der Privatisierung und des Krieges wollen wir nicht! Ähnliches gilt für Position zum Euro. Unter der Überschrift „Euro-Rettung“ findet die fürchterlichste Demontage des europäischen Sozialstaats seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Damit kann sich DIE LINKE nicht gemein machen. Wenn wir die Parole „Rettet die Menschen, nicht den Euro!“ mit der Perspektive der europaweiten Solidarität im Widerstand gegen das Krisenregime verbinden, ist das eine linke Antwort auf die nationalistische Hetze der AfD.

Es geht dabei um eine scharfe Profilierung im Europawahlkampf, aber auch um die aktive Stärkung der Blockupy-Bündnisses, das 2014 wieder gegen die EZB und Bankenmacht in Frankfurt mobilisieren wird.

## **2. Auslandseinsätze der Bundeswehr**

In den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD zeichnen sich einige Konflikte ab. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr jedoch gehören nicht zu den umstrittenen Themengebieten. Das kann nicht verwundern, denn die SPD hat bereits in den vergangenen vier Jahren aus der Opposition heraus praktisch jedem Einsatz mit überwältigender Mehrheit zugestimmt.

Dass die Union nun den Parlamentsvorbehalt einschränken will – zunächst für EU-Missionen – kommt insofern nicht überraschend. Während SPD und Union im Grundsatz immer einig waren, wurden und werden die meisten Einsätze von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, insbesondere jener in Afghanistan. Der Parlamentsvorbehalt führt zu einem Dauerspagnet der Auslandseinsatzbefürworter von CDU/CSU, SPD und Grüne, die im Parlament immer wieder öffentlich erklären müssen, warum sie gegen den Willen der Bevölkerung Soldaten in Kriegsgebiete schickt. Da die sich abzeichnende Regierungskoalition über genug Sitze im Bundestag verfügen wird, um das Grundgesetz oder Verfassungsprinzipien ändern zu können, liegt es auf der Hand, dass Politiker wie de Maizière auf diese Art die für sie unangenehmen Dauerdiskussionen los werden wollen.

Sollte die SPD einknicken und in den Koalitionsverhandlungen schließlich einer Überprüfung des Parlamentsvorbehaltes zustimmen, wird es unsere Aufgabe sein, den größtmöglichen Gegendruck aufzubauen, um die Umsetzung dieses Vorhabens zu verhindern.

DIE LINKE wird auch in der kommenden Wahlperiode klarmachen, dass wir aus grundsätzlichen Erwägungen jeder Entsendung von Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätze widersprechen. Darüberhinaus gilt es, genau hinzusehen, was in den Einsatzgebieten läuft und Widersprüche aufzugreifen. So ist schon jetzt klar, dass die NATO über 2014 hinaus mit bis zu 12.000 Soldaten in Afghanistan bleiben wird. Auch die Bundeswehr wird daran beteiligt sein. Trotzdem verkauft die Regierung das Ganze als „Abzug“ und die Medien spielen mit.

In Mali wird es um Beispiele gehen, wie sich der Bundeswehreinsatz mit dem Rohstoffkrieg der französischen Armee verquickt. Von der Stationierung der Patriot-Raketenstaffeln an der türkisch-syrischen Grenze geht die fortgesetzte Gefahr einer Verwicklung in einen Nahostkrieg aus. Es steht zu befürchten, dass in den nächsten Jahren weitere Einsätze hinzukommen.

Die Vielzahl der Einsatzmandate heißt nicht, dass es mal gute und mal schlechte Einsätze gibt, die gegeneinander abzuwägen wären. Im Gegenteil belegen die immer neuen Mandate, dass der einzelne Auslandseinsatz nur als Teil einer Gesamtstrategie zu verstehen ist. De Maizière drückte es so aus: Es gebe keine Region mehr, in der die Bundeswehr nichts zu suchen hätte. Da kann es um einen Kampfeinsatz wie in Afghanistan gehen, um eine Ausbildungsmission wie in Mali oder um eine Beobachtermission wie in Darfur. Ziel ist es, dass Deutschland weiterhin mitmischt, um sich im Kampf um globalen Einfluss zu positionieren.

Von daher geht eine Einzelfallprüfung, wie sie Stefan Liebich am 1. Oktober im Interview mit der *Frankfurter Rundschau* forderte, und die damit verbundene Aufforderung, die LINKE müsse an der „Substanz arbeiten“, in die falsche Richtung. Solange es keine Abkehr von der Kriegspolitik gibt, kann es außenpolitisch keine Annäherung an SPD und Grüne geben.

Jeder Einsatz ist nur ein weiterer Baustein beim Umbau der Bundeswehr zu einer international agierenden Interventionsarmee, das heißt zu einem aktiven Instrument in einer geopolitischen Strategie im Interesse der herrschenden Klasse. Anders als die SPD kritisieren wir die Bundeswehr-Reform deshalb auch nicht für ihre schlechte Umsetzung, sondern wir kritisieren das gesamte Ziel dieses Umbaus.

### **3. Drohnen, Cyber War und Rüstungsexporte**

Die Aufrüstungsspirale dreht sich weiter: die parallele Entwicklung von elektronischer Kriegsführung und Drohnen wälzen die Kriegstechnik so fundamental um wie einst die Einführung des Panzers und später die der Atombombe.

Die Drohnen sind eine Antwort auf die Herausforderungen sogenannter asymmetrischer Konflikte. Diese prägen auch die Konzepte zur Umstellung der Bundeswehr als einer Interventionsarmee. Es geht um das, was sie „Aufstandsbekämpfung“ nennen.

Doch die weitere Automatisierung des Krieges stößt ab. Sie bietet deshalb ein erhebliches Mobilisierungspotenzial. Gemeinsam sollten wir darüber nachdenken, wie wir über dieses Thema breitere gesellschaftliche Unterstützung für die Anti-Kriegs-Arbeit gewinnen können.

Hinzu kommt, dass diese Entwicklung mit den neuen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung über Lauschangriffe im Internet verknüpft ist. Die Enthüllungen durch WikiLeaks, Bradley Manning und Edward Snowden haben der Gesamtbevölkerung vor Augen geführt, wie weit diese Angriffe gehen. Die Unterstützung der sogenannten Whistleblower ist daher ein Prinzip linker Politik. Sie kristallisiert sich in der Forderung nach Asyl für Snowden.

Diese Forderung zeigt auch die Ernsthaftigkeit einer Partei an. Während SPD und Union sich empört über die NSA-Schnüffeleien zeigen, haben sie Snowden im Sommer im russischen Flughafentransit hängen lassen. SPD-Innenexperte Wiefelspütz stellte damals klar, dass Snowden sich für seine Enthüllungen vor dem amerikanischen Rechtsstaat zu verantworten habe.

Dabei geht es um mehr als um Rücksichtnahme auf die amerikanischen Interessen. Bundesregierung und SPD sorgen sich womöglich auch, was über die Kooperation zwischen BND und amerikanischen Geheimdiensten an den Tag kommen könnte. Deutschland ist über die Weitergabe von geheimen Daten im amerikanischen Drohnenkrieg verstrickt. Darüber hinaus werden US-Abhörprogramme als auch Drohnenangriffe von deutschen Boden aus gesteuert.

Waffenexporte sind ein Reizthema, das ebenfalls Mobilisierungspotenzial birgt. Saudi-Arabien und Syrien sind Fälle, die in der letzten Zeit Aufmerksamkeit hervorgerufen haben. Daneben gibt es viele andere.

Die SPD geht in die Koalitionsverhandlungen mit der Forderung nach verstärkter Kontrolle der Rüstungsexporte hinein. Schaut man sich das Handeln unter rot-grün und der letzten großen Koalition an wird deutlich, dass die SPD in der Vergangenheit nichts unternommen hat, um Rüstungsexporte wirksam zu kontrollieren. DIE LINKE bezweifelt auch zu Recht, dass Rüstungsexporte kontrollierbar sind und fordert statt dessen deren Verbot. Wir werden das Agieren der SPD genau verfolgen und ihre Worte heute an der Praxis von morgen messen.

#### **4. Widerstand von innen**

Mit der Wandlung der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee kommen immer mehr Soldaten physisch oder psychisch verwundet zurück. Auch stößt sich eine wachsende Anzahl an dem Kontrast zwischen dem, was ihnen vor dem Einsatz erzählt worden ist und was sie im Krieg erlebt haben. Die Linke kann aktiver Ansprechpartner für die werden, die mit der Bundeswehr brechen.

Damit es gar nicht erst soweit kommt, dass junge Menschen für den Einsatz gewonnen werden, ist der Kampf gegen die Anwerbung an Schulen und andere PR-Maßnahmen der Bundeswehr ein zentrales Thema. Allen Personalwerbungsmaßnahmen ist gemeinsam, dass die Gefahren für Leib und Leben heruntergespielt und die hinter den Einsätzen stehenden imperialen Interessen und Rivalitäten umgedeutet werden.

Wir haben mit der GEW hier einen Bündnispartner im gewerkschaftlichen Bereich. Viele Verbände der Bildungsgewerkschaft haben sich gegen die Kooperationsvereinbarungen zwischen Ländern und Bundeswehr ausgesprochen.

Das ist umso wertvoller, als dass die Bundeswehr seit geraumer Zeit bemüht ist, die Gewerkschaften für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Vor einem halben Jahr hat sich Verteidigungsminister de Maizière mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer getroffen. De Maizière bezeichnete die Bundeswehr bei der Gelegenheit als „Teil der Friedensbewegung“ – eine mehr als fadenscheinige Charmeoffensive. Es geht dem Minister um die Gewinnung von Kooperationspartnern, die als wirksame Multiplikatoren ergänzend zu den deutlich gewachsenen Werbemaßnahmen ein positives Image in breiten Teilen der Gesellschaft verankern können. Hintergrund ist letztendlich die Unpopularität der Auslandseinsätze, die zu Problemen bei der Rekrutierung von ausreichendem und geeignetem Nachwuchs führt.

De Maizière und Sommer hatten am 5. Februar 2013 eine nicht näher definierte „Kooperation“ vereinbart, was zu erheblichem Widerspruch in den Gewerkschaften führte. Auch der Verlauf des „Friedens- und sicherheitspolitischen Workshops“, den der DGB am 30. Oktober 2013 in Berlin durchgeführt hat, verdeutlichte den Widerstand, auf den ein solcher Schmusekurs in den Gewerkschaften stößt.

Es wird in den nächsten Monaten voraussichtlich eine verstärkte Debatte zum Thema „Bundeswehr“ in den Gewerkschaften geben. Die GEW hat angekündigt, einen Antrag mit antimilitaristischer Stoßrichtung an den DGB-Kongress im Mai 2014 zu richten. Wir sollten das als Chance begreifen uns zu den außen- und friedenspolitischen Grundsatzfragen zu positionieren, die in der Gewerkschaft diskutiert werden, als auch zu entsprechenden Themen aus der gewerkschaftlichen Praxis. Darunter sind etwa die Bedeutung und Konsequenzen des Outsourcings einsatzrelevanter Aufgaben auf private Unternehmen, der Behandlung von PTBS-Fällen, die Frage von Konversion und dem Verhältnis zu den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie oder dem Problem von rechter Gesinnung in den Reihen der Bundeswehr.

\*

Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben: Dies scheinen mir die wichtigsten Aktionsfeldern für die nächsten Monate und Jahre zu sein. Wobei sich vor dem Hintergrund neuer Ereignisse rasch Änderungen in den Gewichtungen ergeben können. Ein grundlegendes und verbindendes Ziel sollte es sein, so meine ich, herauszuarbeiten, wie wir am effektivsten Sand ins Getriebe des deutschen Militarismus streuen können und wie wir die Lücke zwischen der Zustimmung zu Anti-Kriegs-Positionen in der Bevölkerung und der realen Mobilisierungsfähigkeit schließen können.

In diesem Sinne wünsche ich euch eine erfolgreiche Tagung und fruchtbare Debatten in Elgersburg.

Solidarische Grüße,



Eure Christine Buchholz